

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Nr. 24

Clond George über die neue politische Lage.

Nach dem Moratorium.

Das Ziel von Genua: ein neuer Völkerverbund.
Das englisch-französische Übereinkommen abhängig von der Haltung Poincarés. — Vorbereitungen in London.

London, 14. Januar. (W. Z. B.)
In einer Unterredung mit Vertretern der englischen Presse in Genua erklärte Lloyd George vor seiner Abreise, er sei noch nicht die Haltung Poincarés, jedoch wären ihm aus einem Zeitungs- und Zeitungsverkehr seine allgemeinen Ansichten bekannt. Das Schicksal des englisch-französischen Übereinkommens hänge von der Haltung ab, die die neue französische Regierung einnehme. In der Sitzung des Obersten Rates habe man gerade vor einem Heberleinsoamen in der Reparationsfrage gesprochen, als Poincaré zurückgetreten sei, denn der neue französische Ministerpräsident der Ratifizierung des Reparationsvertrages nicht gütig gegenüberstehe oder einen entgegengelegten Standpunkt einnehmen sollte, so müßte eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates zur ersten Fortsetzung der Frage einberufen werden. Lloyd George erklärte weiter, er sehe die Konferenz von Genua als eine der wichtigsten Zusammenkünfte in die Welt je erlebt habe. Zum ersten Male würden alle Nationen Europas zusammentreten, um über den Frieden in Europa zu beraten. Die Wiederherstellung des Friedens sei von größter Bedeutung, denn auch die wirtschaftliche Wiederaufbau standstill. Ein Anschlag werde innerhalb von zehn Tagen in London zusammenzutreten, um das Protokoll der Konferenz von Genua zu genehmigen. England werde seinen bisherigen Anteil an der Konferenz von Genua übernehmen und er, Lloyd George, würde gern leben, wenn in Genua ein Verstand oder ein Vork der Nationen geschaffen werde, der umschaffender sei, als der bestehende Völkerverbund. Er wolle damit zeigen, daß der noch nicht geborene Völkerverbund auch die drei großen Nationen Amerika, Deutschland und Rußland umfassen müsse, die nützlichste Rolle außerhalb des bestehenden Völkerverbundes spielen. Der bestehende Völkerverbund sei bereits von Irland erlitten worden. Die Mitwirkung der europäischen Nationen und Amerikas ergehen zu lassen. Die Mitwirkung des Völkerverbundes sei unbedingt notwendig für den Erfolg der Konferenz in Genua, ebenso die Deutschlands und Rußlands. Die Einbindung Rußlands würde seinerzeit besondere Bedingungen mit sich bringen außer denen, die sich auf die Freiheit und Zukunft des Landes beziehen. Es sei unbedingt notwendig, daß der Völkerverbund auch an der Konferenz von Genua teilnehme, denn der Völkerverbund sei aber einberufen hätte, so würde noch einmal über Amerika noch Rußland die Einbindung angenommen sein.

Lloyd George sagte weiter: Die Welt würde durch die Schaffung eines Bundes von europäischen Nationen aufwärts sein. Was die Frage des ferneren Friedens betreffe, so sei sicher, daß ein Einvernehmen über diese Probleme zwischen England und England bald zustande kommen werde. Lloyd George habe erneut die Notwendigkeit eines Übereinkommens wegen der U-Boot-Rüstungen Frankreichs und Englands hervor und sagte, in seiner Ansicht über die geplante englisch-französische Festschließung der Unterredung des Völkerverbundes als Aufhebung oder Änderung des bestehenden Friedensvertrages gesehen werden können. Die Frage der belgischen Reparation sei zur Zufriedenheit Belgiens noch vor der Abreise geregelt worden. Der geplante englisch-französische Festschließung der Unterredung finden. Er habe nun seinen Wunsch, daß auch Italien, falls der an zukünftige kommen sollte, Mitglied dieses werde.

Gegenüber französischen Pressevertretern erklärte Lloyd George, habe den Wunsch, daß der Garantievertrag nach der Zusammenkunft der Konferenz in Genua unterzeichnet werden möge. Die italienische Regierung sei in Angelegenheit aufgeführt worden, sich dem Abkommen anzuschließen, weil die Lage der italienischen Ökonomie dies nicht zu einer gütlichen Einigung ermöglichte. Das Einvernehmen mit Belgien in der Angelegenheit sei vollkommen. Was die Orientfrage betreffe, so hoffe er, daß sie in etwa zwei Wochen bei einer Zusammenkunft der Außenminister in Paris geregelt werden würde. Eine Aufgabe wegen der U-Boote antwortete Lloyd George, daß der im letzten Jahre geschlossene Vertrag für Kriegsschiffe, das bei im letzten Jahre geschlossen wurde, noch nicht im letzten Jahre erfüllt werden. Er werde die U-Boote im nächsten Jahre erfüllen. Lloyd George sagte: Ich würde nicht die Franzosen überreden, sondern die U-Boote im allgemeinen. Zum Schluß erklärte der Wiederaufbau Europas könne er in Angriff genommen sein, wenn der Frieden in Europa wiederhergestellt sei.

Italien gegen die Abkehr von der Politik Briands.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 13. Januar.
Ständige politische Persönlichkeiten, die sich zu einer Gelegenheit hatten, stimmen darin überein, daß die intrinsische Politik Poincarés Frankreich der Isolierung in Europa durch die Abkehr von der Politik Briands. Nicht anders lautet die Sprache der gesamten Presse. Nicht anders lautet die Sprache der gesamten Presse. Derzeitiger Europa'scher Feder bedroht, so die Interessen der „Tribuna“ innerlich gewisse Hoffnungen auf den Völkerverbund der Franzosen setzen. Das Populärorgan, „Corriere della Sera“ schreibt in seinem patriotischen Delirium die Franzosen seien durch den Sieg ermordete glänzende Stellung Europa darzulegen, denn es treibe der Isolierung zu. Eine

Artie der Allianz sei nicht ausgeschlossen. Weder England, noch Italien, noch Amerika würden Frankreich auf dem Wege der Unranzigkeit folgen, sondern den entgegengelegten Weg gehen. „Giornale d'Italia“ weist auf den begreiflichen Zorn Lloyd Georges hin und prognostiziert dem neuen französischen Ministerium den unternehmigen Widerstand Englands. Zweifellos durchläufe die Entente eine Krise die ihr vererblich werden könne. Eine umschlingende Aktion Frankreichs gegen Deutschland könnte eine Lage von unangenehmer Schwere heraufbeschwören. Es gelte, Frankreich auf dem Wege der Politik zurückzuführen. Für Italien aber könne es keine andere Politik geben als den engen Anschluß an England. Dasselbe empfiehlt „Avolo Romano“, der die kategorische Politik Englands hervorhebt. „Spoo“ sagt, an all diesen Ingrid Europas trügen jene italienischen Staatsmänner die Risikofeld, die seit Jahren folglosame Helfer des Frankreichs waren.

Die Einladungen zur Konferenz in Genua abgelehnt.

Die Weisung Lloyd Georges und der deutschen Delegierten aus Genua.

Telegramm unseres nach Genua entsandten Sonderkorrespondenten

Dr. Max Jordan.

Genua, 13. Januar.
Am vierter Tag nach sieben Uhr abends hat der letzte Konferenzsitzung der Bahnhofs Genua verlassen. Rathenau und die übrigen deutschen Delegierten nahmen in ihrem Schlafwagen Platz (le premier deus schlafwag a Cannes après la guerre, bearbeitet der Zahnarztbohrer). Vor der Abreise unterhielt sich Rathenau noch einige Zeit mit dem Minister Jappet. Lloyd George nahm in einem besonderen Salonwagen Platz und ersah sich dann am Fenster des Waggons, um sich von einigen Bekannten mit Abschied zu verabschieden. Auch Delacroix sah man unter den Reisenden. Wie ich erfuhr, sind heute abend die Einladungen an die europäischen Regierungen zur Konferenz in Genua abgelehnt worden.

X Haag, 14. Januar.

Ein in London eingetroffener Funkspruch meldet, daß das Angebot des Völkerverbundes an den Obersten Rat in Genua, bei der Organisation der Wirtschaftskonferenz in Genua zusammenzuarbeiten, auf Wunsch Lloyd Georges zurückgewiesen wurde. Die englischen Stellungnahmen, daß die Konferenz in Genua abhängig auf den 8. März festgelegt bleibt. „Evening Standard“ meint, daß Lloyd George in Paris die Frage sprechen wollte, wo die Beratungen über einen Garantievertrag mit Frankreich fortgesetzt werden können. Poincaré findet in London konservativen Blättern, die immer mehr für eine engere Allianz als für eine Entente gewesen sind. Fürsprache. Diese Zeitungen sprechen von Poincaré von einem „berühmten Freunde Englands“.

Die Besprechungen in der Reichskanzlei.

Wie sich die 31 Millionen zusammensetzen.

Heute vormittag 11 Uhr hat in der Reichskanzlei eine Besprechung über das Reparationsproblem und den von der Entente bewilligten Zahlungsausschuß statt, an der die Minister und andere Vertreter der für diese Frage zuständigen Ressorts teilnahmen. Um 11 Uhr hatten sich die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokratie zu Parteiführerbesprechungen mit dem Reichskanzler in der Reichskanzlei eingefunden. An diesen Besprechungen nahm auch der Reichspräsident Roeder teil. Die Besprechungen, die sich den ganzen Vormittag über hinzogen, beschäftigten sich außer mit den Steuerproblemen auch mit dem gegenüberwärtigen Streit vornehmlich in der Besprechungsform. Beschlüsse irgendwelcher Art wurden weder in der Besprechungsform, noch in der Besprechungsform gefaßt, da, wie bereits mitgeteilt, die Reichsregierung die mündliche Berichterstattung Dr. Rathenaus, der morgen abend zurückkommt, abwarten will. Da die Ankunft der deutschen Delegation erst morgen in den späten Abendstunden zu erwarten sein dürfte, wird Dr. Rathenau wahrscheinlich morgen noch nicht Bericht erhalten. Der erste Vortrag Rathenaus bei Dr. Wirth ist vielmehr erst für Montag vormittag zu erwarten. Für Montag, nachmittag 4 Uhr, ist beim Reichskanzler eine Besprechungsform über die Verhandlungen in Genua und die Frage des Zahlungsausschusses anberaumt worden, in der auch Dr. Rathenau teilnehmen und abends über den Verlauf der Sitzung berichten wird. In diesen Besprechungen für den Zahlungsausschuß fordert die Entente, wie bereits gemeldet, unter anderem von der deutschen Regierung die Auffüllung eines Reform- und Garantiplanes für das Jahr 1922 innerhalb der nächsten 14 Tage. In unterrichteten Parlamentarischen Kreisen hat man, daß es möglich sein wird, diese Frist inne zu halten, da man annimmt, daß wahrscheinlich das von Dr. Rathenau in Genua vorgebrachte Material als Unterlage für diesen Plan und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dienen wird. Was im übrigen die 31 Millionen betrifft, die wir alle zehn Tage zu zahlen haben, so werden sie sich aus 6 Millionen Zöllen und 25 Millionen Ausfuhrabgabe zusammensetzen.

Don 13. Januar verboten.

Dr. Franz Silberstein.

Ein vorläufiges Moratorium ist dem Deutschen Reich in Genua bewilligt worden. Deutschland hat alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark zu zahlen; es wird aber gleichzeitig durch die Festlegung der Moratoriumsbedingungen klar, daß man eine allzu häufige Wiederholung dieser Zahlungstermine auf der Entente Seite nicht im Auge faßt, sondern hat dessen möglichst bald zu einem ladungsmäßigen, Verhandlungen und Sachlieferungen umfassenden Programm inkommen will. Dieses Programm wird abends kurzfristig sein und nur das Jahr 1922 betreffen. Es kann also sich nur als eine zeitweilige Suspension, nicht aber als definitive Bänderung des Londoner Zahlungsplans aufgesetzt werden. Es war in der Tat nichts anderes zu erwarten, ja es wäre nicht einmal klug gewesen, die Hoffnungen höher zu spannen oder gar Vorwürfe nach dieser Richtung hin zu machen.

Zur Beratung des Reparationsplanes für 1922 hat Deutschland Vorschläge zu machen, gleichzeitig aber einen Reform- und Garantiplan über das Budget und die Einschränkung des Papiergeldumsatzes vorzulegen. Da das Budget nicht aufzumachen ist, ohne eine feste Reparationsstellung anzusetzen, da andererseits auch eine Budgetäre Deduktion des gesamten Londoner Zahlungsplans nicht möglich ist, ergibt sich schon für die Auffüllung des deutschen Budgets eine große Schwierigkeit, geschweige denn für seine Deduktion. Denn der Hauptposten der Reparationsausgaben, kann, entsprechend den von Deutschland zu machenden Vorschlägen, nur für 1922 in den Etat eingestellt werden, er ist aber für die später liegenden Perioden unbekannt, wenn man eben nicht den Londoner Zahlungsplan wieder zu Grunde legen will. Man wird sich also vorläufig auf das Budget für 1922 beschränken müssen. Da ist nun wesentlich, daß die Verantwortlichen des Finanzprogramms der Regierung erst für das Jahr 1923 den Etat Mittel zuführen für die Finanzierung des Staats von 1922 aber, nach den zur Beratung liegenden Entwürfen nicht in Frage kommen! Hier wird sich also eine durchgreifende Änderung des Finanzprogramms als notwendig erweisen.

Die Freistellung der Vorlegung des deutschen Budgets und des Sicherungsprogramms ist verhältnismäßig kurz bemessen. Aber man hat ja in dem Dekret der deutsch-englisch-französischen Unterhandlungen eine ganze Reihe von Hinweisen erhalten über das, was auf der Entente Seite von einem deutschen Budget unter allen Umständen erwartet wird: es sollen alle Ausgabenposten vermindert, die sich aus der Wirtschaftlichkeit des Reiches zu Staatsbetrieben und aus Verbilligungsaktionen ergeben, und es sollen die in der Differenz positiven Kohlenlenlands- und Kohlenwertmarktpreise noch liegenden Kohlenwertmarktpreise ausgedrückt werden. Diese Differenz ist zwar sehr beträchtlich, aber sie wird sich verringern, wenn durch das Steigen des Preisniveaus die Produktionskosten des Bergbaus wachsen und sich schon ohne Steuer die Annäherung an die Weltmarktpreise in festeren Maße als bisher vollzieht. Die Kohlensteuer ist auf die Dauer in ihrer heutigen Form gar nicht anrecht zu erhalten, denn sie würde schließlich aus der regulären Rente des Kohlenbergbaus geholt werden müssen, was unmöglich ist. Eine solche Sondersteuer kann die Kohle eben nur dann tragen, wenn sie den Charakter der Begünstigung unter entsprechenden Nebenbedingungen hat. Nach der steuerung des Reichskohlenberaubens hat Hugo Sinnes die Angleichung der Kohlenpreise an die Weltmarktpreise gefordert, gleichzeitig aber auch die vollständige Freigabe der Kohlenwirtschaft. Hier wird wohl ein alter Kampf der inneren deutschen Wirtschaftspolitik neu aufleben.

Aber auch sonst wird es nicht leicht werden, das deutsche Inland für großzügige und kluge Maßnahmen zu gewinnen, wie die außenpolitische Lage sie von uns fordert. Da steht auf der einen Seite der Chor derjenigen, die den Untergang Deutschlands (um wievielfachen Male!) vor Augen sehen, wenn die deutsche Industrie ihre Exportprämie verliert, wenn sie endgültig unter Weltmarktpreise und Weltmarktpreiskonturenbedingungen gestellt wird. Was zum mindesten Teile der Industrie für die Kohle gemein werden würden, scheint auf anderen Gebieten, wenn man aus der ausgangswise veröffentlichten Rede Wählers, des Nachfolgers Dr. Simons im Reichsverband der deutschen Industrie, schließen darf, auf Widerstand zu stoßen. Man fürchtet das Umsichgreifen der Arbeitslosigkeit und das Recht. Man fürchtet schwere wirtschaftliche, und soziale Kämpfe, wie sie in England ausgelebt worden sind, und wie sie das innerlich so schwache Deutschland vermutlich in noch höherem Maße bedrohen — Kämpfe und Leiden, die uns doch auf keinen Fall erspart bleiben können, die aber, zum Unterschied von jenen früheren, sich bezahlbar machen, weil sie auf dem Wege zur wirtschaftlichen Sanierung Europas liegen. Der europäischen Aufgabe, die Deutschland zu erfüllen hat, sollte sich auch das Parlament bewußt werden. Mit den vom rechten Flügel des Zentrums beantworteten Beschlüssen der Steuerentwürfe wird man den zu treffenden politischen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht gerecht.

Dabei soll man eines klug im Auge behalten: Nur wenn Deutschland der Reparationskommission ein großzügiges Programm vorlegt, wird es auf der Konferenz von Genua eine Rolle spielen können. Große wirtschaftliche Überlegungen und Vorschläge der deutschen Delegierten werden auf dieser Konferenz nur dann ein Echo finden, wenn Deutschland neue, überzeugende Beweise seines Willens zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gibt. Deutschland hat die Möglichkeit, im Rate der Völker wieder